

Die zu kommentierende Sektion umfasst drei Beiträge zu „innerdynastischen“, „regulären“ Herrschaftswechseln. Wer vor der Lektüre der hier vereinten Aufsätze dachte, dass sich aus der Bezeichnung „regulärer Herrschaftswechsel“ zugleich Zuschreibungen wie unproblematisch, konfliktfrei oder auch nur konsensual (was Aushandlungsprozesse nicht ausschließt) ableiten ließen, weiß es nach der Lektüre besser. Deshalb lassen sich auch für vermeintlich reguläre Herrscherwechsel die einleitend von Wolfgang Huschner und Sven Jaros skizzierten Aspekte diskutieren: Auch bei innerdynastischen Herrschaftsweitergaben stehen das Verständnis, die Rolle und der Einfluss der Dynastie zur Diskussion. Auch bei der Weitergabe der Herrschaft an die eigenen Kinder lassen sich Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Herrschaftskonfigurationen beobachten, ändert sich das konkrete Machtgefüge und die Stellung einzelner Akteure. Und auch Söhne und Töchter von Herrschern und Herrscherinnen bedürfen der Legitimation, die sich kaum je allein oder allgemein im Verweis auf die Dynastie erschöpft. Die drei hier behandelten, alle im östlichen bzw. im nordöstlichen Europa des Spätmittelalters situieren Fälle machen deutlich, dass jeder, auch der vermeintlich reguläre Herrscherwechsel, Krisen auslösen kann, zumindest aber die Bedeutung der Dynastie und konkrete Herrschaftskonstellationen neu ausgehandelt werden müssen, was stets auch mit dem Einsatz spezifischer Legitimationsstrategien einhergeht.

Christian Lübke zeigt dies für die Herrschaft des Moskauer Großfürsten Vasilij I. und seiner Erben. Von seinem Vater als ältester Sohn testamentarisch zur Nachfolge bestimmt, müssen ihn die jüngeren Brüder anerkennen; im Falle seines Todes soll der zweitälteste Sohn (der Bruder Vasilij I., Jurij Dmitrievic) dem Vater nachfolgen. Konflikte deuten sich an, als Vasilij I. seit 1417 seinerseits daran geht, die eigene Nachfolge zu regeln und dafür nicht (wie vom Vater verfügt) den Bruder, sondern seinen Sohn Vasilij II. erkürt; nach dem Tod Vasilij I. brechen die Konflikte offen aus; die Gewalt schaukelt sich auf allen Seiten hoch. Nicht mehr allein auf ein Testament (das mit einem Gegentestament beantwortet werden kann) setzend, lässt Vasilij II. bereits 1448 seinen ältesten Sohn als künftigen Nachfolger bestätigen.

Abgesehen davon, dass jede Legitimationsstrategie auf allen Seiten die nominelle Oberherrschaft der Goldenen Horde zu berücksichtigen hatten, zeigt dieser Fall instruktiv, wie das dynastische Erbrecht auf zweierlei Weise gesichert werden sollte: durch Testamente und mittels der Ernennung des Nachfolgers zu Lebzeiten des Herrschers – und zwar von und für unterschiedliche Akteure. Nicht von dynastischer Politik im Singular, sondern von dynastischen Politiken im Plural wäre hier deshalb vielleicht zu sprechen. Der Streit zwischen Bruderlinien zieht sich bekanntermaßen durch die Geschichte des gesamten Mittelalters. Insofern lassen sich auch die Strate-

gien, spätere Konflikte durch Testamente oder die vorzeitige Erhebung eines Nachfolgers frühzeitig zu vermeiden, in verschiedenen Kontexten immer wieder beobachten – man denke an so unterschiedliche Nachfolgeregelungen wie diejenige Karls des Großen¹ oder Alfons' X. von Kastilien-León². Vermutlich kommen diese Legitimationsstrategien insbesondere dann zum Einsatz, wenn sich bereits in der Gegenwart künftige Konflikte abzeichnen; der Idee nach sind sie ein Mittel, die Zukunft aktiv zu planen und zu gestalten und Konflikte zu vermeiden; de facto gelingt das eher selten. Man kann daher fragen, ob der Einsatz solcher Legitimationsstrategien nicht ein Indiz für einen besonderen Bedarf an Legitimität ist und damit auf einen eher weniger regulären Wechsel von Herrschaft verweist.

Sven Jaros' Überlegungen nehmen nicht das Problem der zu vielen Söhne, sondern den im mittelalterlichen Jahrtausend gleichfalls häufig belegten Fall weiblicher Herrschafts-Nachfolge in den Blick. In Polen tritt er mit dem Tod Ludwigs von Anjou im Jahr 1382 ein. Strittig ist hier weniger die Nachfolge Jadwigas, der jüngsten Tochter Ludwigs, an sich (Ludwig selbst hat indes seine ältere Tochter Maria als Nachfolgerin vorgesehen), sondern die Frage, mit wem Jadwiga sich die Herrschaft künftig teilen, wen sie ehelichen soll. Bereits mit Wilhelm von Habsburg verlobt, tun sich nun eine Reihe alternativer Kandidaten auf, die von unterschiedlichen Akteursgruppen unterstützt werden. Auf überzeugende Weise Mikro- und Makroperspektiven verschränkend kann Jaros zeigen, wie offen die Situation seit der Krönung von Jadwiga zur Königin von Polen im Jahr 1384 bis zu ihrer Vermählung mit Jogaila, dem Großfürsten von Litauen, im Jahr 1386 ist, der in der Folge als Władysław II. zum König von Polen gekrönt wird. Situativ verbinden sich unterschiedliche Adlige, die diverse Präkandidaten unterstützen und auch die Mutter Jadwigas, Elisabeth von Bosnien, verfolgt eine eigene Agenda. Erst aus der Rückschau wirkt, was Jaros' minutiöse Analyse deutlich macht, die Wahl Jogailas und damit der künftigen Jagiellonen stringent – auf jeden Fall stringenter als in den Jahren der Entscheidungsfindung selbst. Nicht zuletzt die Reintegration der Gebiete Rutheniens in das *regnum poloniae* trug dazu bei, die Legitimität der Verbindung in den kommenden Jahren – auf Grund der politischen und militärischen faktischen Stärke Jogailas – zu untermauern. Jaros arbeitet heraus, wie sich polnische Eliten in der spezifischen Situation zusammenschließen, was langfristig die Herausbildung neuer Herrschaftskonfigurationen zur Folge hat. Dabei trägt nicht zuletzt der Umstand, dass mit der Vermählung von Jadwiga und Jogailas auf lange Sicht der Dynastiewechsel von den Piasten zu den Jagiellonen angebahnt wird, dazu bei, zu unterschätzen, wie viele Alternativszenarien für den Herrschaftsübergang 1384 zeitgenössisch denkbar und möglich gewesen sind.

Stefan Magnussen untersucht den Herrschaftsübergang von Erik III. zu Christopher I. in Norwegen – eine in der Forschung eher unübliche Perspektive auf diesen

1 Becher, Karl der Große (2021).

2 Schlieben, Verspielte Macht (2009).

Herrschaftswechsel, bei dessen Untersuchung die Forschung zumeist Dänemark und Schweden in den Mittelpunkt stellt. Nach der Absetzung und Exilierung Eriks III., wird Christopher 1440 zunächst zum König der Dänen gewählt; erst anderthalb Jahre später entscheiden sich Norweger, den gleichen Schritt zu gehen; im Juli 1442 wird er zum König in Norwegen gekrönt – anders als in Dänemark allerdings weniger symbolträchtig: in Oslo, nicht im prestigeträchtigen Nidaros und in Abwesenheit von Vertretern einer nicht unbedeutenden Anzahl norwegischer Provinzen. Magnussen deutet das als eines vieler weiterer, minutiös diskutierter Indizien dafür, dass bis zum Schluss nicht alle hinter der Entscheidung für Christopher standen. Er kann zeigen, dass der Umstand, dass sich die Norweger den Dänen anschließen, weniger selbstverständlich ist, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Überzeugend arbeitet er heraus, wie offen und konfliktreich der Prozess der Nachfolge Eriks III. in Norwegen verläuft.

Die Situation, so Magnussen, stellt sich in Norwegen auch deshalb anders als in Dänemark dar, weil in Norwegen das Erbrecht eine größere Rolle als in Dänemark spielt. Obwohl letztlich hier wie dort der gleiche Kandidat zum König gewählt wird, differieren deshalb auch die Gründe und die Legitimationsstrategien. Während in Dänemark gerade die Fremdheit für Christophers spricht, ist es in Norwegen die Abstammung von der Schwester des abgesetzten Königs Erik III., mit der sich seine Wahl plausibilisieren lässt. Dennoch, der einzig mögliche Kandidat ist Christopher nicht – auch nicht der einzige, der verwandtschaftliche Verbindungen zum ehemaligen König aufzuweisen hat. Die nur kurze Herrschaft Christophers charakterisiert Magnussen als konsensual – ein mühsam ausbalanciertes Gleichgewicht zwischen dem Rat des *regnum*, dem heimischen Adel und dem neuen König. Zugleich macht er Erzbischof Aslak Harniksson Bolt als den eigentlichen Gewinner der Wahl aus, dessen Diözese zu einer wichtigen integrativen Institution wird.

In allen drei hier knapp skizzierten Fallstudien wird die Herrscherfamilie als solche als zentrale Größe nicht in Frage gestellt; die analysierten Herrscherwechsel lassen sich als innerdynastische Thronfolgen lesen. Gleichwohl steht die Dynastie in den Beispielen auf je spezifische Weise auf dem Prüfstand, weil stets mehrere Kandidaten bzw. Kandidatinnen auf Verwandtschaftsverhältnisse zum vorangegangenen Herrscher verweisen können. Die Dynastie ist und bleibt die herausragende Legitimationsstrategie und -ressource, doch wird sie für unterschiedliche, konkurrierende Ansprüche von unterschiedlichen Seiten unterschiedlich eingesetzt. Von der *einen* dynastischen Politik im Singular lässt sich mithin für keines der Beispiele sprechen, vielmehr erscheint Dynastie im Lichte der Untersuchungen als eine weitgehend relationale, zumindest aber als eine perspektivische Kategorie.

In der Zusammenschau der Beispiele tritt ein ganzes Bündel diverser Legitimationsstrategien und -ressourcen neben der Dynastie zu Tage: Testamente, frühzeitige Erhebungen, faktische militärische Stärke. Daneben lassen sich Aushandlungsprozesse erkennen, in die unterschiedliche Akteursgruppen (der Rat, der alteingesessenen Adel, Bischöfe) eingebunden sind.

In allen Fallstudien wird überdies deutlich, dass es von zentraler Bedeutung ist, einer langfristigen eine kleinteilig-detaillierte Perspektive auf den Herrscherwechsel gegenüberzustellen. Erst so treten spezifische Herrschaftskonfigurationen in den Blick. Bei genauerer Betrachtung ist keiner der untersuchten Herrscherwechsel unstrittig oder unproblematisch. Verschiedene Akteure favorisieren verschiedene Kandidaten und Kandidatinnen; Zustimmung muss mühsam ausgehandelt werden und geht in der Regel mit Zugeständnissen für die unterlegenen Parteien einher.

Wenn, und das legen die Fallstudien nahe, stets die Rolle der Dynastie auf den Prüfstand gestellt wird, komplexe Legitimationsstrategien notwendig sind und das Machtgefüge neu ausgehandelt werden muss, dann lässt sich über die im Detail wichtigen Ergebnisse der Studien diskutieren, was genau das „Reguläre“ an einem „regulären“ Herrschaftswechsel ausmacht. Denn Pläne und Absprachen im Vorfeld von Herrscherwechseln, Aushandlungsprozesse in ihrem Vor- und Umfeld, in der ein neuer Konsens austariert werden muss, die faktische Bedeutung militärischer und politischer Stärke – all das lässt sich auch bei (von innen oder außen) erzwungenen Herrscherwechseln beobachten. „Reguläre“ und „erzwungene“ Herrschaftswechsel sind als Typen zu verstehen, die in Reinform selten anzutreffen sind; wirkliche Gegenbegriffe stellen sie indes nicht dar: Nicht-reguläre Herrschaftswechsel müssen nicht erzwungen sein, sondern könnten auch konsensual entschieden werden; erzwungene Herrschaftswechsel stellen sich – je nach Perspektive – zuweilen auch als regulär dar; es gibt auch Wechsel an der Spitze, die weder das eine noch das andere sind (das Ergebnis der vorangegangenen Bundes- bzw. Landtagswahl in Berlin 2021 war nicht regulär; sie musste wegen Irregularitäten in den Wahllokalen wiederholt werden, ihr Ausgang jedoch nicht erzwungen). Man mag über die Auswahl der hier unter der Überschrift „reguläre Wechsel“ vereinten Beispiele streiten – vermutlich ist das Reguläre bzw. Nicht-Reguläre bei Herrscherwechseln skalenhaft zu denken: Je weniger institutionalisiert Herrschaft ist, umso mehr Potential hat ein Herrschaftswechsel, eine krisenhafte Situation zu evozieren. Denn persönliche Bande müssen dann in besonderem Maße neu geknüpft, Machtverhältnisse neu ausgehandelt werden. Diese Probleme nehmen ab, je mehr Institutionen es gibt, die Strukturen jenseits des Herrschers zu sichern in der Lage sind, keinesfalls machen sie aber die Legitimation neuer Herrschaft und die Aushandlung neuer Herrschaftskonfigurationen obsolet.

Die Beschreibung von Herrschaftswechseln als regulär bzw. nicht-regulär müssen an einem Maßstab gemessen werden, der zeitgenössisch häufig nicht ausformuliert ist; nicht zuletzt deshalb lässt sich über Regularität in zeitgenössischer Perspektive streiten. Regularität hängt zudem von der je spezifischen Perspektive der handelnden Akteure ab. Was dem einen legitimierbar erscheint, stellt sich für den anderen nicht unbedingt so dar. In der Zusammenschau vermitteln die Studien den Eindruck, dass das, was zeitgenössisch strittig ist, in der *longue durée* zu verblassen tendiert. Vielleicht gibt es in der Ex-Post-Perspektive mehr reguläre Herrschaftswechsel als in der

Bewertung der Zeitgenossen? Für die Perspektivität des Regulären auf neue Weise sensibilisiert zu haben, ist das Verdienst der hier zusammengestellten Aufsätze.

Literaturverzeichnis

Matthias Becher, Karl der Große. (C.H. Beck Wissen 2120) München 2021.

Barbara Schlieben, Verspielte Macht. Politik und Wissen am Hof Alfons' X. (1252–1284). (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 32) Berlin 2009.

